Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/4 — 52105 — 5405/67

Bonn, den 18. Mai 1967

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 5. Dezember 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

nebst Begründung mit der Bitte, die Zustimmung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens und des Notenwechsels in deutscher und spanischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Abkommen sind diesem Schreiben beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 12. Mai 1967 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Entwurf des Gesetzes keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Verteidigung
Schröder

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 5. Dezember 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 5. Dezember 1966 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie den beiden Notenwechseln vom 5. Dezember 1966 wird zugestimmt. Das Abkommen und die Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen sowie die beiden Notenwechsel nach Artikel 29 Abs. 2 des Abkommens in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen und die Notenwechsel bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundestages, weil sich das Abkommen auf Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie auf die Gewerbesteuer und damit auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern und den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen und die Notenwechsel sollen auch im Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen und die Notenwechsel nach Artikel 29 Abs. 2 des Abkommens in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen der deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte Spaniens beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird in jedem Falle haushaltswirtschaftlich unbedeutend sein.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Convenio entre la República Federal de Alemania y el Estado Español para evitar la Doble Imposición y prevenir la Evasión Fiscal en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DER SPANISCHE STAAT,

VON DEM WUNSCHE GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragstaat oder in beiden Vertragstaaten ansässig sind.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragstaaten, seiner Länder oder seiner Gebietskörperschaften oder örtlichen Verwaltungen erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen und unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuer (außer den Beiträgen zur Sozialversicherung) sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

1. in der Bundesrepublik Deutschland:
   - (a) die Einkommensteuer,
   - (b) die Körperschaftsteuer,
   - (c) die Vermögensteuer,
   - (d) die Gewerbesteuer,

   (im folgenden als „deutsche Steuer" bezeichnet);

2. im Spanischen Staat:
   - (a) die allgemeine Einkommensteuer der natürlichen Personen (el Impuesto General sobre la Renta de las Personas Físicas),
   - (b) die allgemeine Körperschaftsteuer (el Impuesto General sobre la Renta de Sociedades y demás entidades jurídicas) einschließlich der Sondersteuer von 4 vom Hundert nach Artikel 104 des Gesetzes 41 vom 11. Juni 1964,

LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

y

EL ESTADO ESPAÑOL

DESEANDO concluir un Convenio para evitar la Doble Imposición y prevenir la Evasión Fiscal en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio,

HAN ACORDADO LO SIGUIENTE:

Artículo 1

El presente Convenio se aplica a las personas residentes de uno o de ambos Estados Contratantes.

Artículo 2

(1) El presente Convenio se aplica a los impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio exigibles por cada uno de los Estados Contratantes, o de sus "Länder", subdivisiones políticas, autoridades o administraciones locales, cualquiera que sea el sistema de su exacción.

(2) Se consideran impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio los que gravan la totalidad de la renta o del patrimonio, o cualquier parte de los mismos, incluidos los impuestos sobre las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles o inmuebles, los impuestos sobre el importe de sueldos o salarios pagados por las empresas (no se incluyen las cuotas de seguridad social), así como los impuestos sobre las plusvalías.

(3) Los impuestos actuales a los que, concretamente, se aplica este Convenio son:

1. En la República Federal de Alemania:
   - (a) el Impuesto sobre la Renta de las personas físicas;
   - (b) el Impuesto sobre Sociedades;
   - (c) el Impuesto sobre el Patrimonio;
   - (d) el Impuesto sobre las Explotaciones Industriales y Commerciales

   (los que, en lo sucesivo, se denominan "impuesto alemán").

2. En España:
   - (a) el Impuesto General sobre la Renta de las Personas Físicas;
   - (b) el Impuesto General sobre la Renta de Sociedades y demás entidades jurídicas, con inclusión del gravamen especial del 4 % establecido por el artículo 104 de la Ley 41/1964, de 11 de junio;

(c) die folgenden Vorsteuern:

die Steuer auf Einkünfte aus ländlichem Grundvermögen (la Contribución Territorial sobre la Riqueza Rústica y Pecuaria),

die Steuer auf Einkünfte aus städtischem Grundvermögen (la Contribución Territorial sobre la Riqueza Urbana), die Steuer auf Einkünfte aus persönlicher Arbeit (el Impuesto sobre los Rendimientos del Trabajo Personal), die Steuer auf Kapitalerträge (el Impuesto sobre las Rentas del Capital), die Steuer auf gewerbliche Tätigkeit und Gewinne (el Impuesto sobre Actividades y Beneficios Comerciales e Industriales),

(d) in Fernando Poo, Rio Muni, Sahara und Ifni die Einkommensteuer (auf Einkünfte aus Arbeit und aus Vermögen) und die Steuer auf den Gewinn von Unternehmen (los impuestos sobre la renta (sobre los rendimientos del trabajo y del patrimonio) y el impuesto sobre los beneficios de las empresas),

(e) bei dem unter das Gesetz vom 26. Dezember 1958 fallenden Unternehmen, die sich mit der Erforschung und der Ausbeutung von Erdöl- oder Erdgasvorkommen befassen, auch die „Bodenabgabe" (canon de superficie), die Steuer vom Bruttoerzeugnis (el impuesto sobre el producto bruto) und die Sondersteuer vom Gewinn dieser Gesellschaften (el impuesto especial sobre los beneficios),

(f) die örtlichen Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (los impuestos locales sobre la renta o el patrimonio),

(im folgenden als „spanische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten teilen einander zu Beginn eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

(5) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Gewinns gelten auch für die nicht nach dem Gewerbeertrag oder dem Gewerbekapital berechnete deutsche Gewerbesteuer.

(c) los siguientes impuestos a cuenta: la Contribución Territorial sobre la Riqueza Rústica y Pecuaria, la Contribución Territorial sobre la Riqueza Urbana, el Impuesto sobre los Rendimientos del Trabajo Personal, el Impuesto sobre las Rentas del Capital y el Impuesto sobre Actividades y Beneficios Comerciales e Industriales;

(d) en Fernando Poo, Rio Muni, Sahara e Ifni, los impuestos sobre la renta (sobre los rendimientos del trabajo y del patrimonio) y sobre los beneficios de las empresas;

(e) Respecto a las empresas reguladas por la Ley de 25 de diciembre de 1958, que se dedican a la investigación y explotación de hidrocarburos, el canon de superficie, el impuesto sobre el producto bruto y el impuesto especial sobre los beneficios de dichas sociedades, además de los otros impuestos enumerados en este artículo;

(f) los impuestos locales sobre la renta o el patrimonio

(los que, en lo sucesivo, se denominan "impuesto español").

(4) El presente Convenio se aplicará también a los impuestos futuros de naturaleza idéntica o análoga que se añadan a los actuales o que los sustituyan. Al comienzo de cada año, las autoridades competentes de los Estados Contratantes se comunicarán las modificaciones de importancia que se hayan introducido en sus respectivas legislaciones fiscales.

(5) Las disposiciones del presente Convenio relativas a la imposición sobre la renta o los beneficios se aplican igualmente al impuesto alemán sobre las explotaciones industriales y comerciales que se computa sobre bases distintas de la renta o el patrimonio.

Artikel 3

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

(a) der Ausdruck „Bundesrepublik" die Bundesrepublik Deutschland und, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

(b) der Ausdruck „Spanien" den Spanischen Staat und, im geographischen Sinne verwendet, die Halbinsel Spanien, die Balearen und die Kanarischen Inseln, die spanischen Plätze und Provinzen in Afrika und Spanisch Guinea, das aus den Hoheitsgebieten Rio Muni und Fernando Poo besteht, die sich beide im Stadium des Übergangs zur Selbstbestimmung befinden;

(c) die Ausdrücke „ein Vertragstaat" und „der andere Vertragstaat", je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik oder Spanien;

(d) der Ausdruck „Steuer", je nach dem Zusammenhang, die deutsche Steuer oder die spanische Steuer;

(e) der Ausdruck „Person" eine natürliche Person oder eine Gesellschaft;

Articulo 3

(1) En el presente Convenio, a menos que de su texto se infiera una interpretación diferente:

(a) el término "República Federal" significa la República Federal de Alemania y, cuando se emplea en sentido geográfico, el territorio en que se aplica la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;

(b) el término "España" significa el Estado Español y, cuando se emplea en sentido geográfico, España peninsular, las islas Baleares y Canarias, las Plazas y Provincias españolas en África y la Guinea Ecuatorial, formada por los territorios de Rio Muni y Fernando Poo, estos dos territorios en proceso de autodeterminación;

(c) las expresiones "un Estado Contratante" y "el otro Estado Contratante" significan la República Federal o España, según se derive del texto;

(d) el término "impuesto" significa "el impuesto alemán" o "el impuesto español", según se deduzca del texto;

(e) el término "persona" comprende las personas físicas y las sociedades;

(f) der Ausdruck „Gesellschaft" eine juristische Person oder einen anderen Rechtsträger, der für die Besteuerung wie eine juristische Person behandelt wird;

(g) die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragstaates" und „Unternehmen des anderen Vertragstaates" je nach dem Zusammenhang ein Unternehmen, das von einer in der Bundesrepublik ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in Spanien ansässigen Person betrieben wird;

(h) der Ausdruck „Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens" den Ort, an dem sich der Mittelpunkt der allgemeinen Geschäftsleitung befindet; befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist;

(i) der Ausdruck „zuständige Behörde" auf seiten der Bundesrepublik
den Bundesminister der Finanzen
und auf seiten Spaniens
den Minister der Finanzen, den Generaldirektor für die direkten Steuern oder jede andere vom Minister ermächtigte Behörde.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

(f) el término "sociedad" significa cualquier persona jurídica o cualquier entidad que se considere persona jurídica a efectos impositivos;

(g) las expresiones "empresa de un Estado Contratante" y "empresa del otro Estado Contratante" significan una empresa explotada por un residente de España y una empresa explotada por un residente de la República Federal, según se infiera del texto;

(h) la expresión "sede de dirección efectiva de una empresa" significa el lugar donde se encuentra el centro de dirección general de la misma; si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación está a bordo de un buque, se considerará que se encuentra en el Estado Contratante donde esté el puerto base del buque, o si no existe tal puerto base, en el Estado Contratante en el que resida la persona que explota dicho buque;

(i) la expresión "autoridad competente" significa, en el caso de la República Federal, el Ministro Federal de Hacienda, y en el caso de España, el Ministro de Hacienda, el Director General de Impuestos Directos o cualquier otra autoridad en quien el Ministro delegue.

(2) Para la aplicación del presente Convenio por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida de otra manera tendrá, a menos que el texto exija una interpretación diferente, el significado que se le atribuya por la legislación de este Estado Contratante relativa a los impuestos que son objeto del presente Convenio.

Artikel 4

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt folgendes:

(a) Die Person gilt als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).

(b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragstaaten oder in keinem der Vertragstaaten, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.

(d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragstaaten oder keines Vertragstaates, so regeln die zuständigen Behören der Vertragstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Kann der Ort der tatsächlichen Geschäfts-

Artículo 4

(1) A los efectos del presente Convenio, se considera "residente de un Estado Contratante" a toda persona que, en virtud de la legislación de este Estado, esté sujeta a imposición en él por razón de su domicilio, residencia, sede de dirección o cualquier otro criterio de naturaleza análoga.

(2) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1, una persona física resulte residente de ambos Estados Contratantes, el caso se resolverá según las siguientes reglas:

(a) Esta persona será considerada residente del Estado Contratante donde tenga una vivienda permanente a su disposición. Si tuviera una vivienda permanente a su disposición en ambos Estados Contratantes, se considerará residente del Estado Contratante con el que mantenga relaciones personales y económicas más estrechas (centro de intereses vitales).

(b) Si no pudiera determinarse el Estado Contratante en el que dicha persona tiene el centro de sus intereses vitales, o si no tuviera una vivienda permanente a su disposición en ninguno de los Estados Contratantes, se considerará residente del Estado Contratante donde viva de manera habitual.

(c) Si viviera de manera habitual en ambos Estados Contratantes o no lo hiciera en ninguno de ellos, se considerará residente del Estado Contratante del que sea nacional.

(d) Si fuera nacional de ambos Estados Contratantes o no lo fuera de ninguno de ellos, las autoridades competentes de los Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

(3) Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1, una sociedad sea residente de ambos Estados Contratantes, se considerará residente del Estado Contratante en que se encuentre su sede de dirección efectiva. Si no pudiera

leitung nicht bestimmt werden, so gilt die Gesellschaft als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie errichtet worden ist.

(4) Im Sinne der Artikel 5 bis 22 wird ein Gesellschafter einer Personengesellschaft für die Besteuerung der Einkünfte, die er von der Gesellschaft bezieht, oder des Vermögens, das er durch die Gesellschaft besitzt, so behandelt, als sei er in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung der Gesellschaft befindet. Diese Einkünfte und dieses Vermögen können, soweit sie nicht in diesem Staat der Steuer unterliegen, in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 5

(1) Der Ausdruck „Betriebstätte" bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte" umfaßt insbesondere:

(a) einen Ort der Leitung,

(b) eine Zweigniederlassung,

(c) eine Geschäftstelle,

(d) eine Fabrikationsstätte,

(e) eine Werkstätte,

(f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,

(g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätte gelten nicht:

(a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

(b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

(c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

(d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

(e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

determinarse el lugar donde se encuentre la sede de dirección efectiva, la sociedad se considerará residente del Estado Contratante en que se constituyó.

(4) A los efectos de los artículos 5 a 22, los socios de las sociedades de personas, en lo que concierne a la imposición de las rentas que procedan de dichas sociedades o del patrimonio que posean por medio de las mismas, se consideran residentes del Estado Contratante en que se encuentre la sede de dirección efectiva de la sociedad. Estas rentas o patrimonio, en cuanto no estén sujetos a imposición en este último Estado, podrán ser gravados en el otro Estado.

Artículo 5

(1) La expresión "establecimiento permanente" significa un lugar fijo de negocios en el que una empresa efectúe toda o parte de su actividad.

(2) La expresión "establecimiento permanente" comprende, en especial:

(a) las sedes de dirección;

(b) las sucursales;

(c) las oficinas;

(d) las fábricas;

(e) los talleres;

(f) las minas, canteras o cualquier otro lugar de extracción de recursos naturales;

(g) las obras de construcción o de montaje cuya duración exceda de doce meses.

(3) El término "establecimiento permanente" no comprende:

(a) la utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercancías pertenecientes a la empresa;

(b) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de almacenarlas, exponerlas o entregarlas;

(c) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de que sean transformadas por otra empresa;

(d) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de comprar bienes o mercancías o de recoger información, para la empresa;

(e) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de hacer publicidad, suministrar información, realizar investigaciones científicas o desarrollar otras actividades similares que tengan carácter preparatorio o auxiliar, siempre que estas actividades se realicen para la propia empresa.

(4) Una persona que actúe en un Estado Contratante por cuenta de una empresa del otro Estado Contratante, salvo que se trate de un agente independiente comprendido en el párrafo 5, se considera que constituye establecimiento permanente en el Estado primeramente mencionado si tiene y ejerce habitualmente en este Estado poderes para concluir contratos en nombre de la empresa, a menos que sus actividades se limiten a la compra de bienes o mercancías para la misma.

(5) No se considera que una empresa de un Estado Contratante tiene establecimiento permanente en el otro Estado Contratante por el mero hecho de que realice actividades en este otro Estado por medio de un corredor, un comisionista general, o cualquier otro mediador que goce de un estatuto independiente, siempre que estas personas actúen dentro del marco ordinario de su actividad.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

(6) El hecho de que una sociedad residente de un Estado Contratante controle e sea controlada por una sociedad residente del otro Estado Contratante o que realice actividades en este otro Estado (ya sea por medio de establecimiento permanente o de otra manera) no convierte por sí solo a cualquiera de estas sociedades en establecimiento permanente de la otra.

Artikel 6

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütung für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artículo 6

(1) Las rentas procedentes de los bienes inmuebles pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que tales bienes estén situados.

(2) La expresión "bienes inmuebles" se definirá de acuerdo con la Ley del Estado Contratante en que los bienes estén situados. Dicha expresión comprende, en todo caso, los accesorios, el ganado y equipo utilizados en las explotaciones agrícolas y forestales, los derechos a los que se apliquen las disposiciones de derecho privado relativas a la propiedad territorial, el usufructo de bienes inmuebles y los derechos a percibir cánones variables o fijos por la explotación o la concesión de la explotación de yacimientos minerales, fuentes u otras riquezas del suelo. Los buques, embarcaciones y aeronaves no se consideran bienes inmuebles.

(3) Las disposiciones del párrafo 1 se aplican a las rentas derivadas de la utilización directa, del arrendamiento o de cualquier otra forma de explotación de los bienes inmuebles.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 3 se aplican igualmente a las rentas derivadas de los bienes inmuebles de las empresas y de los bienes inmuebles utilizados para el ejercicio de servicios profesionales.

Artikel 7

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragstaates können nur in diesem Staat besteuert weren, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Übt das Unternehmen eine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so sind in jedem Vertragstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

Artículo 7

(1) Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante solamente pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que la empresa efectúe operaciones en el otro Estado por medio de un establecimiento permanente situado en él. Si las efectúa, los beneficios de la empresa pueden someterse a imposición en el otro Estado, pero sólo en la medida en que puedan atribuirse al establecimiento permanente.

(2) Cuando una empresa de un Estado Contratante realice negocios en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante se atribuirán al establecimiento permanente los beneficios que éste obtendría si fuese una empresa distinta y separada que realizase las mismas o similares actividades, en las mismas o similares condiciones, y tratase con total independencia con la empresa de la que es establecimiento permanente.

(3) Para la determinación del beneficio del establecimiento permanente se permitirá la deducción de los gastos producidos para los fines del establecimiento permanente, comprendidos los gastos de dirección y generales de administración para los mismos fines, tanto si se produjeran en el Estado en que se encuentre el establecimiento permanente o en otra parte.

(4) Mientras sea usual en un Estado Contratante determinar los beneficios imputables a los establecimientos permanentes sobre la base de un reparto de los beneficios totales de la empresa entre sus diversas partes, lo establecido en el párrafo 2 no impedirá que este Estado Contratante determine de esta manera los beneficios imponibles; sin embargo, el método de reparto adoptado habrá de ser tal que el resultado obtenido esté de acuerdo con los principios enunciados en este artículo.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 9

Wenn

(a) ein Unternehmen eines Vertragstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragstaates beteiligt ist, oder

(b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

(a) 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, die über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, oder wenn die Dividenden aus Gewinnausschüttungen einer sociedad de personas bestehen;

(b) 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf die deutsche Steuer von den Dividenden, die eine in der Bundesrepublik ansässige Gesellschaft an eine in Spanien ansässige Gesellschaft zahlt, der mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der erstgenannten Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar gehören, 25 vom Hundert des Bruttobetrages

(5) No se atribuirá ningún beneficio a un establecimiento permanente por el mero hecho de que éste compre bienes o mercancías para la empresa.

(6) A efectos de los párrafos anteriores, los beneficios imputables al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos válidos y suficientes para proceder en otra forma.

(7) Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros artículos de este Convenio, las disposiciones de aquéllos no quedarán afectadas por las del presente artículo.

Artículo 8

Los beneficios procedentes de la explotación de buques o aeronaves en tráfico internacional solamente podrán someterse a imposición en el Estado Contratante en el que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

Artículo 9

Cuando

(a) una empresa de un Estado Contratante participe, directa o indirectamente, en la dirección, control o capital de una empresa del otro Estado Contratante, o

(b) unas mismas personas participen, directa o indirectamente, en la dirección, control o capital de una empresa de un Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y, en uno y otro caso, las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones, aceptadas o impuestas, que difieran de las que serían acordadas por empresas independientes, los beneficios que una de las empresas habría obtenido de no existir estas condiciones y que de hecho no se han producido a causa de las mismas, pueden ser incluidos en los beneficios de esta empresa y sometidos a imposición en consecuencia.

Artículo 10

(1) Los dividendos pagados por una sociedad residente de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este último Estado.

(2) Sin embargo, estos dividendos pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que resida la sociedad que pague los dividendos y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del:

(a) 10% del importe bruto de los dividendos, si el beneficiario es una sociedad (excluidas las sociedades de personas) que posea al menos el 25% del capital de la sociedad que abona los dividendos, o si los dividendos proceden de la distribución de los beneficios de una sociedad de personas;

(b) 15% del importe bruto de los dividendos, en todos los demás casos.

Este párrafo no afecta a la imposición de la sociedad por los beneficios con cargo a los que se paguen los dividendos.

(3) No obstante las disposiciones del párrafo 2, el impuesto alemán sobre los dividendos pagados a una sociedad residente de España por una sociedad residente de la República Federal, siempre que la primera sociedad posea, directa o indirectamente, al menos el 25% del capital de la segunda, no puede exceder del 25% del

der Dividenden nicht übersteigen, so lange der Satz der deutschen Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als der für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied zwischen diesen beiden Sätzen 20 Einheiten oder mehr beträgt. Beträgt der Unterschied zwischen den Sätzen mindestens 10 Einheiten, jedoch weniger als 20 Einheiten, so darf die deutsche Steuer von diesen Dividenden 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden nicht übersteigen.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind. Er umfaßt auch die Einkünfte eines stillen Gesellschafters [cuentapartícipe] (der nicht am Vermögen des Unternehmens beteiligt ist), die von einer sociedad de personas an ihre Gesellschafter ausgeschütteten Gewinne und die Einkünfte aus Ausschüttungen auf Anteilscheine einer Kapitalanlagegesellschaft.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

(1) Zinsen, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Zinsen, die aus Spanien stammen und an die Deutsche Bundesbank oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau der Bundesrepublik gezahlt werden, sind von der spanischen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrecht an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(5) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen

importe bruto de tales dividendos, en tanto que en el impuesto alemán sobre sociedades exista para los beneficios distribuidos un tipo inferior al aplicable a los beneficios no distribuidos y la diferencia entre estos dos tipos sea al menos de 20 unidades. Cuando la diferencia entre estos dos tipos sea al menos de 10 unidades e inferior a 20 unidades, el impuesto alemán sobre tales dividendos no puede exceder del 15% del importe bruto de los mismos.

(4) El término "dividendos", empleado en el presente artículo, se refiere a los rendimientos de las acciones, de las acciones o bonos de disfrute, de las partes de minas, de las acciones de fundador o de otros derechos, excepto los de crédito, que permitan participar en los beneficios, así como las rentas de otras participaciones sociales asimiladas a los rendimientos de las acciones por la legislación fiscal del Estado en que resida la sociedad que las distribuya. Comprende también los rendimientos obtenidos por un cuentapartícipe (que no participe en el capital de la empresa), las distribuciones de beneficios hechas por las sociedades de personas a sus socios, y las rentas de los certificados de los fondos de inversión.

(5) Las disposiciones de los párrafos 1 a 3 no se aplican si el beneficiario de los dividendos, residente de un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante del que es residente la sociedad que paga los dividendos, un establecimiento permanente con el que la participación que genere los dividendos esté vinculada efectivamente. En este caso se aplican las disposiciones del artículo 7.

(6) Cuando una sociedad residente de un Estado Contratante obtiene beneficios o rentas procedentes del otro Estado Contratante, este otro Estado no puede exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad a personas que no sean residentes de este último Estado, ni someter los beneficios no distribuidos de la sociedad a un impuesto sobre los mismos, aunque los dividendos pagados o los beneficios no distribuidos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas procedentes de este otro Estado.

Artículo 11

(1) Los intereses procedentes de un Estado Contratante pagados a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este último Estado.

(2) Sin embargo, estos intereses pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto así exigido no puede exceder del 10% del importe bruto de los intereses.

(3) Los intereses procedentes de España y pagados al "Deutsche Bundesbank" o al "Kreditanstalt für Wiederaufbau" de la República Federal están exentos del impuesto español.

(4) El término "intereses", empleado en este artículo, comprende los rendimientos de la Deuda Pública, de los bonos u obligaciones, con o sin garantía hipotecaria y con derecho o no a participar en beneficios, y de los créditos de cualquier clase, así como cualquier otra renta que la legislación fiscal del Estado de donde procedan los intereses asimile a los rendimientos de las cantidades dadas a préstamo.

(5) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario de los intereses, residente de un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante del que proceden los intereses, un establecimiento permanente

gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften, örtliche Verwaltungen oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

con el que el crédito que genera los intereses está vinculado efectivamente. En este caso, se aplican las disposiciones del artículo 7.

(6) Los intereses se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, una de sus subdivisiones políticas, una de sus autoridades o administraciones locales o un residente del mismo. Sin embargo, cuando el deudor de los intereses, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la deuda que da origen a los intereses y este establecimiento soporte el pago de los mismos, los intereses se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté el establecimiento permanente.

(7) Cuando, debido a relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario de los intereses o entre cada uno de ellos y cualquier otra persona, el importe de los intereses pagados, habida cuenta del crédito por el que se paguen, exceda del importe que habria sido acordado por el deudor y el beneficiario en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

Artikel 12

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des Bruttobetrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften, örtlichen Verwaltungen oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten

Artículo 12

(1) Los cánones procedentes de un Estado Contratante pagados a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este último Estado.

(2) Sin embargo, estos cánones pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan y de acuerdo con la legislación de este Estado, pero el impuesto asi exigido no puede exceder del 5 por ciento del importe bruto de los cánones.

(3) El término "cánones", empleado en este artículo, comprende las cantidades de cualquier clase pagadas por el uso o la concesión de uso de derechos de autor sobre obras literarias, artísticas o científicas, incluidas las películas cinematográficas, de patentes, marcas de fábrica o de comercio, dibujos o modelos, planos, fórmulas o procedimientos secretos, así como por el uso o la concesión de uso de equipos industriales, comerciales o científicos, y las cantidades pagadas por informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas.

(4) Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario de los cánones, residente de un Estado Contratante, tiene en el otro Estado Contratante del cual proceden los cánones, un establecimiento permanente con el cual el derecho o propiedad por que se pagan los cánones está vinculado efectivamente. En este caso, se aplican las disposiciones del artículo 7.

(5) Los cánones se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, una de sus subdivisiones políticas, una de sus autoridades locales o un residente del mismo. Sin embargo, cuando el deudor de los cánones, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente en relación con el cual se haya contraído la obligación de pagar los cánones y este establecimiento soporte el pago de los mismos, los cánones se considerarán procedentes del Estado Contratante donde esté el establecimiento permanente.

(6) Cuando debido a relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario de los cánones o entre cada uno de ellos y cualquier otra persona, el importe

Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

de los cánones pagados, habida cuenta del uso, derecho o información por el que se paguen, exceda del importe que habría sido acordado por el deudor y el beneficiario en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplicarán más que a este último importe. En este caso, el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones de este Convenio.

Artikel 13

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artículo 13

(1) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes inmuebles, conforme se definen en el párrafo 2 del artículo 6, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que están sitos.

(2) Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante, o de bienes muebles que pertenezcan a una base fija que un residente de un Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante para la prestación de servicios profesionales, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación del establecimiento permanente (solo o con el conjunto de la empresa) o de la base fija, podrán someterse a imposición en este otro Estado. Sin embargo, las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles mencionados en el párrafo 3 del artículo 22 sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante al que, de acuerdo con dicho artículo, corresponde el derecho a gravarlos.

(3) Las ganancias derivadas de la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los párrafos 1 y 2, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que reside el transmitente.

Artikel 14

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Bücherrevisoren.

Artículo 14

(1) Las rentas obtenidas por un residente de un Estado Contratante por la prestación de servicios profesionales o el ejercicio de otras actividades independientes de naturaleza análoga, sólo pueden someterse a imposición en este Estado a no ser que dicho residente disponga habitualmente en el otro Estado Contratante de una base fija para el ejercicio de su actividad. Si dispone de dicha base fija, dichas rentas pueden someterse a imposición en el otro Estado, pero sólo en la medida en que proceda atribuirlas a la base fija.

(2) La expresión "servicios profesionales" comprende, especialmente, las actividades científicas, literarias, artísticas, de educación o enseñanza ejercidas independientemente, así como las actividades independientes de los médicos, abogados, ingenieros, arquitectos, odontólogos y contadores.

Artikel 15

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

Artículo 15

(1) Sin perjuicio de las disposiciones de los artículos 16, 18 y 19, los sueldos, salarios y remuneraciones similares obtenidos por un residente de un Estado Contratante por razón de un empleo, sólo pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que el empleo se ejerza en el otro Estado Contratante. Si el empleo se ejerce en este último Estado, las remuneraciones derivadas del mismo pueden someterse a imposición en este Estado.

(2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, las remuneraciones obtenidas por un residente de un Estado Contratante por razón de un empleo ejercido en el otro Estado Contratante, sólo pueden someterse a imposición en el primer Estado si:

(a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält,

(b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und

(c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

Artikel 18

(1) Vergütungen, die von der Bundesrepublik und einem Land oder einer ihrer autonomen öffentlichen Einrichtungen, örtlichen Behörden oder örtlichen Verwaltungen unmittelbar oder aus einem von ihnen errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, können in der Bundesrepublik besteuert werden. Diese Vergütungen sind von der spanischen Steuer befreit, es sei denn, daß diese Zahlung an einen spanischen Staatsangehörigen geleistet wird, der nicht zugleich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

(2) Vergütungen, die vom Spanischen Staat oder einer seiner autonomen öffentlichen Einrichtungen, örtlichen Behörden oder örtlichen Verwaltungen unmittelbar oder aus einem von ihnen errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, können in Spanien besteuert werden. Diese Vergütungen sind von der deutschen Steuer befreit, es sei denn, daß die Zahlung an einen deutschen Staatsangehörigen geleistet wird, der nicht zugleich die spanische Staatsangehörigkeit besitzt.

(3) Auf Zahlungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragstaates und eines Landes oder einer ihrer autonomen öffentlichen Einrichtungen, örtlichen Behörden oder örtlichen Verwaltungen erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 17 Anwendung.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Vergütungen, die im Falle der Bundesrepublik die Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost, und im Falle Spaniens die Red Nacional de los Ferrocarriles Españoles (RENFE) zahlen.

Artikel 19

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragstaat ansässigen Person für frühere un-

(a) el empleado no permanece en total en el otro Estado, en uno a varios períodos, más de 183 dias durante el año fiscal considerado, y

(b) las remuneraciones se pagan por, o en nombre de, una persona que no es residente del otro Estado, y

(c) las remuneraciones no se soportan por un establecimiento permanente o una base fija que la persona para quien se trabaje tiene en el otro Estado.

(3) No obstante las disposiciones precedentes de este artículo, las remuneraciones obtenidas por razón de un empleo ejercido a bordo de un buque o aeronave en tráfico internacional, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante donde se encuentre la sede de dirección efectiva de la empresa.

Artículo 16

Las participaciones, dietas de asistencia, y retribuciones similares que un residente de un Estado Contratante obtiene como miembro de un Consejo de administración o de vigilancia de una sociedad residente del otro Estado Contratante, pueden someterse a imposición en este otro Estado.

Artículo 17

No obstante las disposiciones de los articulos 14 y 15, las rentas obtenidas por los profesionales del espectáculo, tales como los artistas de teatro, cine, radiodifusión o televisión y los músicos, así como por los deportistas, por sus actividades personales en este concepto, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante donde actúen.

Artículo 18

(1) Las remuneraciones pagadas por, o con cargo a fondos creados por, la República Federal, un Land, o uno de sus organismos autónomos, autoridades o administraciones locales a una persona física por servicios prestados a los mismos, pueden someterse a imposición en la República Federal. Estas remuneraciones están exentas del impuesto español, salvo que se paguen a un español que no tenga al mismo tiempo la nacionalidad alemana.

(2) Las remuneraciones pagadas por, o con cargo a fondos creados por, el Estado español, o uno de sus organismos autónomos, autoridades o administraciones locales a una persona física por servicios prestados a los mismos, pueden someterse a imposición en España. Estas remuneraciones están exentas del impuesto alemán, salvo que se paguen a un nacional alemán que no tenga al mismo tiempo la nacionalidad española.

(3) Las disposiciones de los artículos 15, 16 y 17 se aplican a las remuneraciones pagadas por servicios prestados en relación con actividades comerciales o industriales realizadas por un Estado Contratante, un Land, o uno de sus organismos autónomos, autoridades o administraciones locales.

(4) Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 se aplican también a las remuneraciones pagadas, en el caso de la República Federal, por el Deutsche Bundesbank, el Deutsche Bundesbahn y el Deutsche Bundespost, y en el caso de España, por la Red Nacional de los Ferrocarriles Españoles (R.E.N.F.E.).

Artículo 19

(1) Las pensiones y remuneraciones similares pagadas a un residente de un Estado Contratante en consideración

selbständige Arbeit gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 sind Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragstaat und einem Land oder einer ihrer autonomen öffentlichen Einrichtungen, örtlichen Behörden oder örtlichen Verwaltungen unmittelbar oder aus einem von ihnen errichteten Sondervermögen für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, in dem anderen Vertragstaat von der Steuer befreit.

(3) Absatz 2 ist entsprechend anzuwenden auf Ruhegehälter, Renten und andere wiederkehrende oder einmalige Vergütungen, die einer natürlichen Person von einem Vertragstaat und einem Land oder einer ihrer autonomen öffentlichen Einrichtungen, örtlichen Behörden oder örtlichen Verwaltungen als Vergütung für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist.

a un empleo anterior, sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

(2) No obstante las disposiciones del párrafo 1, las pensiones y remuneraciones similares pagadas por, o con cargo a fondos creados por un Estado Contratante, un Land, o uno de sus organismos autónomos, autoridades o administraciones locales, en consideración a un empleo anterior, están exentas de impuestos en el otro Estado Contratante.

(3) El párrafo 2 se aplica igualmente a las pensiones y demás remuneraciones, periódicas o no, pagadas a una persona física por un Estado Contratante, un Land, o uno de sus organismos autónomos, autoridades o administraciones locales, en compensación de los daños o perjuicios sufridos a consecuencia de hostilidades o persecuciones políticas.

Artikel 20

Zahlungen, die ein Student oder Lehrling (einschließlich der Volontäre oder Praktikanten), der in einem Vertragstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

Artículo 20

Las cantidades que un estudiante o una persona en prácticas (incluidos los "Volontär" o "Praktikant"), que sea o haya sido anteriormente residente de un Estado Contratante y que se encuentre en el otro Estado Contratante con el único fin de proseguir sus estudios o completar su formación, reciba para cubrir sus gastos de mantenimiento, estudios o formación, no se someterán a imposición en el Estado últimamente citado, siempre que tales cantidades procedan de fuentes de fuera de este Estado.

Artikel 21

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artículo 21

Las rentas de un residente de un Estado Contratante no mencionadas expresamente en los artículos anteriores, sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

Artikel 22

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Betriebsvermögen, das nicht unbewegliches Vermögen darstellt und dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artículo 22

(1) El patrimonio constituido por bienes inmuebles, según se definen en el párrafo 2 del artículo 6, puede someterse a imposición en el Estado Contratante en que los bienes estén sitos.

(2) El patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente de una empresa, o por bienes muebles que pertenezcan a una base fija utilizada para la prestación de servicios profesionales, puede someterse a imposición en el Estado Contratante en que el establecimiento permanente o la base fija estén situados.

(3) Los buques y aeronaves dedicados al tráfico internacional y los activos, que no sean bienes inmuebles, afectos a su explotación, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

(4) Todos los demás elementos del patrimonio de un residente de un Estado Contratante sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

Artikel 23

(1) Bei einer in der Bundesrepublik ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

(a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb Spaniens und die innerhalb Spaniens gelegenen Vermögensteile ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Spanien besteuert werden können, es sei denn, daß Buchstabe (b) anzuwenden ist. Die Bundesrepublik behält aber das Recht, die auf diese Weise ausgenom-

Artículo 23

(1) En el caso de un residente de la República Federal, el impuesto se determinará de la siguiente manera:

(a) Salvo que se apliquen las disposiciones del subpárrafo (b), se excluirán de la base del impuesto alemán todas las rentas de fuente española y todos los elementos del patrimonio situados en España que, de acuerdo con el presente Convenio, pueden someterse a imposición en España. Sin embargo, la República Federal, para calcular el tipo impositivo apli-

menen Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Bei Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden auf die Dividenden, die

(aa) einer in der Bundesrepublik ansässigen Kapitalgesellschaft von einer in Spanien ansässigen Kapitalgesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören, oder

(bb) aus den von einer sociedad de personas ausgeschütteten Gewinnen im Sinne von Artikel 10 Absatz 4 bestehen.

Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorhergehenden Satz im Falle ihrer Ausschüttung auszunehmen wären.

(b) Auf die deutsche Steuer von den nachstehenden aus Spanien stammenden Einkünften oder von dem in Spanien gelegenen Vermögen wird die spanische Steuer angerechnet, die nach diesem Abkommen gezahlt worden ist von

(aa) den nicht unter Buchstabe (a) fallenden Dividenden;

(bb) Zinsen; fließen die Zinsen einem Bankinstitut zu und ist die Steuer, der sie in Spanien unterliegen, auf Grund des Decreto-Ley 19/1961 vom 19. Oktober 1961 niedriger als 10 vom Hundert ihres Bruttobetrages, so sind 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Zinsen anzurechnen;

(cc) Lizenzgebühren;

(dd) Vergütungen im Sinne des Artikels 18 Absatz 2, die an einen deutschen Staatsangehörigen gezahlt werden, der nicht zugleich spanischer Staatsangehöriger ist;

(ee) Einkünften aus unbeweglichem Vermögen oder diesem Vermögen selbst, sofern dieses Vermögen nicht zu einer in Spanien gelegenen Betriebstätte tatsächlich gehört.

(2) Bei einer in Spanien ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

(a) Einkünfte oder Vermögen, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik besteuert werden können, sind vorbehaltlich des Buchstaben (b) von der spanischen Steuer befreit; Spanien kann jedoch bei der Berechnung der Steuer von den restlichen Einkünften oder Vermögensteilen der betreffenden Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die steuerfreien Einkünfte oder Vermögensteile nicht von der Steuer befreit wären.

(b) Die deutsche Steuer von den Einkünften, die nach Artikel 10 Absätze 2 und 3, nach Artikel 11 Absatz 2, nach Artikel 12 Absatz 2 und nach Artikel 18 Absatz 1 in der Bundesrepublik besteuert werden können und die nicht von der spanischen Steuer befreit sind, wird auf die spanische Steuer angerechnet. Die deutsche Steuer von Einkünften aus unbeweglichem Vermögen, das in der Bundesrepublik gelegen ist und das nicht zu einer in der Bundesrepublik gelegenen Betriebstätte tatsächlich gehört, oder die deutsche Steuer von diesem unbeweglichen Vermögen wird auf die spanische Steuer von diesen Einkünften oder von diesem Vermögen angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf aber in allen diesen Fällen den Teil der vor der Anrechnung errechneten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Bundesrepublik stammenden Ein-

cable, tiene derecho a tomar en cuenta tales rentas o elementos de patrimonio. Cuando se trate de divedendos, la exclusión se aplica únicamente cuando los dividendos:

(aa) se pagan a una sociedad de capitales (Kapitalgesellschaft), residente de la República Federal por una sociedad de capitales, residente de España, siempre que la primera sociedad posea, por lo menos, el 25 % del capital de la segunda, o

(bb) consistan en una distribución de beneficios por una sociedad de personas en el sentido que el Artículo 10, párrafo 4, de este Convenio les atribuye.

Se excluirán también de la base del impuesto alemán, las acciones o participaciones cuyos dividendos, cuando se paguen, deban quedar, de acuerdo con lo previsto para el caso inmediatamente anterior, excluídos de la base imponible.

(b) El impuesto español pagado de acuerdo con el presente Convenio por las rentas de fuente española o por los bienes situados en España será deducido de las cuotas del impuesto alemán correspondiente a estas rentas o bienes, en los siguientes casos:

(aa) dividendos a los que no se aplica el subpárrafo (a) anterior;

(bb) intereses; si estos intereses se obtienen por una institución bancaria y, por aplicación del Decreto-Ley 19/1961, de 19 de octubre, se someten en España a un impuesto inferior al 10 % de su importe bruto, se deducirá de la cuota el 10 % del importe bruto de tales intereses;

(cc) cánones;

(dd) remuneraciones comprendidas en el párrafo 2 del artículo 18, pagadas a un nacional alemán que no tenga al mismo tiempo la nacionalidad española;

(ee) rentas procedentes de bienes inmuebles o el patrimonio integrado por tales bienes, cuando éstos no están vinculados efectivamente con un establecimiento permanente situado en España.

(2) En el caso de un residente de España, el impuesto se determinará de la siguiente manera:

(a) Las rentas o el patrimonio que, de acuerdo con las disposiciones del presente Convenio, pueden someterse a imposición en la República Federal, están, sin perjuicio de las disposiciones del párrafo b, exentos del impuesto español, pero para calcular el impuesto correspondiente a las restantes rentas o elementos del patrimonio de esta persona, España puede aplicar el tipo impositivo que correspondería si tales rentas o elementos del patrimonio no estuviesen exentos.

(b) El impuesto alemán exigido sobre las rentas que, de acuerdo con las disposiciones de los párrafos 2 y 3 del artículo 10, 2 del artículo 11, 2 del artículo 12 y 1 del artículo 18, pueden someterse a imposición en la República Federal y no están exentas del impuesto español, será deducido de las cuotas del impuesto español. El impuesto alemán exigido por las rentas procedentes de los bienes inmuebles situados en la República Federal que no estén efectivamente vinculados con un establecimiento permanente situado en ella, y por el patrimonio constituido por tales bienes inmuebles, será deducido de las cuotas del impuesto español correspondiente a tales rentas o bienes. Sin embargo, en todos estos casos la deducción no puede exceder de la parte del impuesto, computado antes de la deducción, correspondiente a las

künfte oder auf das in der Bundesrepublik gelegene Vermögen entfällt. Die in der Bundesrepublik entrichtete Steuer wird in Übereinstimmung mit diesem Absatz auch auf die entsprechenden spanischen Vorsteuern angerechnet.

rentas obtenidas o bienes situados en la República Federal. El impuesto pagado en la República Federal se deducirá también de las cuotas de los respectivos impuestos españoles a cuenta, de acuerdo con las disposiciones de este párrafo.

Artikel 24

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragstaates dürfen in dem anderen Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Insbesondere haben die Staatsangehörigen eines Vertragstaates, die in dem anderen Vertragstaat der Besteuerung unterliegen, Anspruch auf alle Steuerbefreiungen, -vergünstigungen und -ermäßigungen, die auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten den Staatsangehörigen des anderen Vertragstaates unter gleichen Verhältnissen gewährt werden.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige" bedeutet:

(a) in bezug auf die Bundesrepublik alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle Gesellschaften, die nach dem in der Bundesrepublik geltenden Recht errichtet worden sind;

(b) in bezug auf Spanien alle natürlichen Personen, die nach dem Código Civil die spanische Staatsangehörigkeit besitzen, und alle Gesellschaften, die nach dem in Spanien geltenden Recht errichtet worden sind.

(4) Staatenlose dürfen in einem Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen dieses Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragstaat, den in dem anderen Vertragstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Personen gewährt.

(6) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(7) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung" Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artículo 24

(1) Los nacionales de un Estado Contratante no serán sometidos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquéllos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales de este último Estado que se encuentren en las mismas condiciones.

(2) En especial, los nacionales de un Estado Contratante que estén sometidos a imposición en el otro Estado Contratante, tendrán derecho a todas las exenciones, desgravaciones y reducciones de impuestos que se concedan, en consideración al estado civil o cargas familiares, a los nacionales del otro Estado Contratante que se encuentren en las mismas condiciones.

(3) El término "nacionales" significa:

(a) respecto a la República Federal, todos los que sean alemanes de acuerdo con el párrafo 1 del Artículo 116 de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania y todas las sociedades cuya condición de tales derive de las leyes vigentes en la República Federal;

(b) respecto a España, todas las personas físicas que, de acuerdo con el Código Civil, posean la nacionalidad española y todas las sociedades cuya condición de tales derive de las leyes vigentes en España.

(4) Los apátridas no serán sometidos en un Estado Contratante a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquéllos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales de este Estado que se encuentren en las mismas condiciones.

(5) Un establecimento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante no será sometido a imposición en este Estado de manera menos favorable que las empresas de este último Estado que realicen las mismas actividades.

Esta disposición no obliga a un Estado Contratante a conceder a los residentes del otro Estado Contratante las deducciones personales, desgravaciones y reducciones de impuestos que otorgue a sus propios residentes en consideración a su estado civil o cargas familiares.

(6) Las empresas de un Estado Contratante cuyo capital esté, en todo o en parte, poseído o controlado, directa o indirectamente, por uno o más residentes del otro Estado Contratante, no serán sometidas en el Estado Contratante citado en primer lugar a ningún impuesto ni obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquéllos a los que estén o puedan estar sometidas las empresas similares del primer Estado.

(7) El presente artículo es de aplicación a todos los impuestos cualquiera que sea su naturaleza y denominación.

Artikel 25

(1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates

Artículo 25

(1) Cuando un residente de un Estado Contratante considere que las medidas tomadas por uno o ambos

oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich darüber verständigen, wie die in den Artikeln 10, 11 und 12 vorgesehenen Steuerbegrenzungen verwirklicht werden sollen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragstaaten besteht.

Estados Contratantes implican o pueden implicar para él un gravamen que no esté conforme con el presente Convenio, con independencia de los recursos previstos por la legislación nacional de los Estados, podrá someter su caso a la Autoridad competente del Estado Contratante del que es residente.

(2) Esta Autoridad competente, si la reclamación le parece fundada y si ella misma no está en condiciones de adoptar una solución satisfactoria, hará lo posible por resolver la cuestión mediante un acuerdo amistoso con la Autoridad competente del otro Estado Contratante, a fin de evitar la imposición que no se ajuste a este Convenio.

(3) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes establecerán, de mutuo acuerdo, la forma de aplicar los límites de imposición fijados en los artículos 10, 11 y 12.

(4) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes harán lo posible por resolver mediante acuerdo amistoso las dificultades o disipar las dudas que plantee la interpretación o aplicación del presente Convenio. También podrán ponerse de acuerdo para tratar de evitar la doble imposición en los casos no previstos en el mismo.

(5) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán comunicarse directamente entre sí a fin de lograr los acuerdos a que se refieren los párrafos anteriores. Cuando se considere que estos acuerdos pueden facilitarse mediante contactos personales, el intercambio de puntos de vista podrá realizarse en el seno de una comisión compuesta por representantes de las autoridades competentes de ambos Estados Contratantes.

Artikel 26

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden die Informationen austauschen, die erforderlich sind zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung mit dem Abkommen in Einklang steht. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragstaaten:

(a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragstaates abweichen;

(b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragstaates nicht beschafft werden können;

(c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artículo 26

(1) Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán las informaciones necesarias para la aplicación del presente Convenio y de la legislación interna de los Estados Contratantes relativa a los impuestos comprendidos en el mismo en tanto la imposición resultante de dicha legislación esté de acuerdo con las disposiciones del Convenio. Las informaciones así intercambiadas serán mantenidas secretas y no se podrán revelar a ninguna persona o autoridad que no esté encargada de la liquidación o recaudación de los impuestos objeto del presente Convenio.

(2) En ningún caso, las disposiciones del párrafo 1 obligan a un Estado Contratante a:

(a) adoptar medidas administrativas contrarias a su legislación o práctica administrativa o a las del otro Estado Contratante;

(b) suministrar información que no se pueda obtener sobre la base de su propia legislación o práctica administrativa normal o de las del otro Estado Contratante;

(c) transmitir informaciones que revelen un secreto comercial, industrial, de negocios o profesional o un procedimiento comercial o industrial, o informaciones cuya comunicación sea contraria al orden público.

Artikel 27

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artículo 27

Las disposiciones del presente Convenio no afectan a los privilegios fiscales que disfrutan los funcionarios diplomáticos o consulares de acuerdo con los principios generales del Derecho internacional o en virtud de acuerdos especiales.

Artikel 28

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ge-

Artículo 28

El presente Convenio se aplica también al Land de Berlin, a no ser que el Gobierno de la República Federal

genüber der Regierung des Spanischen Staates innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 29

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Madrid ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und findet dann auf die Steuern Anwendung, die für das Kalenderjahr, in dem dieses Abkommen in Kraft tritt, und für die folgenden Kalenderjahre erhoben werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 finden Artikel 8 und Artikel 22 Absatz 3 auf die Steuern Anwendung, die für das Kalenderjahr 1963 und die folgenden Jahre erhoben werden.

Artikel 30

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragstaaten bis einschließlich 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von drei Jahren, vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen; in diesem Falle findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf die Steuern, die für die auf das Kündigungsjahr folgenden Kalenderjahre erhoben werden.

GESCHEHEN zu Bonn am 5. Dezember 1966 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

de Alemania haga declaración en contrario al Gobierno español dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 29

(1) El presente Convenio será ratificado y los instrumentos de ratificación serán intercambiados en Madrid lo antes posible.

(2) El presente Convenio entrará en vigor transcurrido un mes desde la fecha del intercambio de los instrumentos de ratificación y, a partir de este momento, producirá efecto respecto a los impuestos devengados durante el año natural en que entre en vigor y siguientes.

(3) El artículo 8 y el párrafo 3 del artículo 22 se aplicarán, no obstante las disposiciones del párrafo 2, a los impuestos devengados durante el año natural 1963 y siguientes.

Artículo 30

El presente Convenio permanecerá en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes podrá, antes del 1 de julio de cualquier año que comience una vez transcurridos tres años desde la entrada en vigor del Convenio, denunciarlo por escrito y vía diplomática. En tal caso, el Convenio dejará de tener efecto respecto a los impuestos que se devenguen durante los años naturales siguientes a aquél en que se efectúe la denuncia.

HECHO en Bonn el 5 de diciembre de 1966 por duplicado, en lenguas española y alemana, siendo los dos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Carstens Falk

Für den Spanischen Staat
Por el Estado Español

J. S. de Erice

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 5. Dezember 1966

Exzellenz,

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß die beiden Vertragstaaten übereingekommen sind, Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe (a) auf Dividenden und Beteiligungen nur anzuwenden, wenn die Einkünfte der in Spanien ansässigen Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich

(a) aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften stammen oder

(b) aus Dividenden bestehen, die von einer oder mehreren in Spanien ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, die ihre Einkünfte ausschließlich oder fast ausschließlich aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften beziehen, sofern mindestens 25 vom Hundert des Kapitals jeder dieser Gesellschaften der erstgenannten Gesellschaft gehören.

In den übrigen Fällen ist Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe (b) bzw. Artikel 22 Absatz 4 anzuwenden.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dem Vorstehenden bestätigten; in diesem Fall sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Carstens

Seiner Exzellenz
dem Botschafter von Spanien
Herrn José de Erice

El Subsecretario
del Ministerio Federal de Asuntos Exteriores

Bonn 5 diciembre 1966

Excelentisimo Señor:

Con referencia al Convenio firmado hoy entre la República Federal de Alemania y el Estado Español para evitar la Doble Imposición y prevenir la Evasión Fiscal en materia de Impuestos sobre la Renta y el Patrimonio, tengo el honor de comunicarle en nombre del Gobierno de la República Federal de Alemania que los dos Estados Contratantes han acordado que las disposiciones del Artículo 23, párrafo 1, subpárrafo (a), relativas a los dividendos, acciones y participaciones, sólo se apliquen cuando la sociedad residente de España obtenga su renta, exclusiva o casi exclusivamente, de:

(a) la producción o venta de bienes o mercancías, arrendamientos, prestaciones de servicios, o actividades bancarias o de seguros, o

(b) dividendos pagados por una o más sociedades residentes de España, cuyas rentas procedan, exclusiva o casi exclusivamente, de la producción o venta de bienes o mercancías, arrendamientos, prestaciones de servicios, o actividades bancarias o de seguros, siempre que aquella sociedad posea por lo menos el 25% del capital de estas sociedades residentes de España.

En otro caso, se aplicarán las disposiciones del Artículo 23, párrafo 1, subpárrafo (b), y del Articulo 22, párrafo 4, respectivamente.

Le agradecería me confirmase su acuerdo con lo que antecede y, en tal caso, esta Nota y su respuesta serán consideradas parte del Convenio.

Sírvase aceptar, Excelentísimo Señor, el testimonio de mi más alta consideración.

Carstens

Excelentísimo Señor
Don José de Erice
Embajador de España

Spanische Botschaft

Bonn, den 5. Dezember 1966

Herr Staatssekretär,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das in Übersetzung wie folgt lautet:

„Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß die beiden Vertragstaaten übereingekommen sind, Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe (a) auf Dividenden und Beteiligungen nur anzuwenden, wenn die Einkünfte der in Spanien ansässigen Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich

(a) aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften stammen oder

(b) aus Dividenden bestehen, die von einer oder mehreren in Spanien ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, die ihre Einkünfte ausschließlich oder fast ausschließlich aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften beziehen, sofern mindestens 25 vom Hundert des Kapitals jeder dieser Gesellschaften der erstgenannten Gesellschaft gehören.

In den übrigen Fällen ist Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe (b) bzw. Artikel 22 Absatz 4 anzuwenden.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dem Vorstehenden bestätigten; in diesem Fall sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten."

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß meine Regierung mit dem Vorstehenden einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

J. S. de Erice

An den
Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Professor Dr. Carstens

Embajada de España

Bonn 5 diciembre 1966

Excelentísimo Señor Subsecretario:

Tengo la honra de acusar recibo de su carta de fecha de hoy, que traducida dice como sigue:

"Con referencia al Convenio firmado hoy entre la República Federal de Alemania y el Estado Español para evitar la Doble Imposición y prevenir la Evasión Fiscal en materia de Impuestos sobre la Renta y el Patrimonio, tengo el honor de comunicarle en nombre del Gobierno de la República Federal de Alemania que los dos Estados Contratantes han acordado que las disposiciones del Artículo 23, párrafo 1, subpárrafo (a), relativas a los dividendos, acciones y participaciones, sólo se apliquen cuando la sociedad residente de España obtenga su renta, exclusiva o casi exclusivamente, de:

(a) la producción o venta de bienes o mercancías, arrendamientos, prestaciones de servicios, o actividades bancarias o de seguros, o

(b) dividendos pagados por una o más sociedades residentes de España, cuyas rentas procedan, exclusiva o casi exclusivamente, de la producción o venta de bienes o mercancías, arrendamientos, prestaciones de servicios, o actividades bancarias o de seguros, siempre que aquella sociedad posea por lo menos el 25% del capital de estas sociedades residentes de España.

En otro caso, se aplicarán las disposiciones del Artículo 23, párrafo 1, subpárrafo (b), y del Artículo 22, párrafo 4 respectivamente.

Le agradecería me confirmase su acuerdo con lo que antecede y, en tal caso, esta Nota y su respuesta serán consideradas parte del Convenio."

Tengo la honra de manifestar a Vuestra Excelencia la conformidad de mi Gobierno sobre cuanto antecede.

Sírvase aceptar, Excelentísimo Señor Subsecretario, el testimonio de mi más alta consideración.

J. S. de Erice

Excelentísimo Señor
Professor Dr. Carstens
Subsecretario del
Ministerio Federal de Asuntos Exteriores

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 5. Dezember 1966

Exzellenz,

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß die beiden Vertragstaaten übereingekommen sind, daß Artikel 24 auch auf die spanische Abgabe, die von oder zu Lasten von deutschen Staatsangehörigen für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis zu entrichten ist, sowie auf entsprechende deutsche Abgaben anzuwenden ist, die gegebenenfalls von oder zu Lasten von nicht-deutschen Staatsangehörigen zu entrichten sind.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dem Vorstehenden bestätigen; in diesem Fall sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Carstens

Seiner Exzellenz
dem Botschafter von Spanien
Herrn José de Erice

El Subsecretario
del Ministerio Federal de Asuntos Exteriores

Bonn 5 diciembre 1966

Excelentísimo Señor:

Con referencia al Convenio firmado hoy entre la República Federal de Alemania y el Estado Español para evitar la Doble Imposición y prevenir la Evasión Fiscal en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio, tengo el honor de comunicarle en nombre del Gobierno de la República Federal de Alemania que los dos Estados Contratantes han acordado que las disposiciones del Artículo 24 se aplicarán también a la tasa española exigible por la expedición de permisos de trabajo a personas de nacionalidad alemana o a cargo de ellas y a cualquier tasa alemana análoga que pueda exigirse a personas de nacionalidad no alemana o a cargo de ellas.

Le agradecería me confirmase su acuerdo con lo que antecede y, en tal caso, esta Nota y su respuesta serán consideradas parte del Convenio.

Sírvase aceptar, Excelentísimo Señor, el testimonio de mi más alta consideración.

Carstens

Excelentísimo Señor
Don José de Erice
Embajador de España

Spanische Botschaft

Bonn, den 5. Dezember 1966

Herr Staatssekretär,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das in Übersetzung wie folgt lautet:

„Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß die beiden Vertragstaaten übereingekommen sind, daß Artikel 24 auch auf die spanische Abgabe, die von oder zu Lasten von deutschen Staatsangehörigen für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis zu entrichten ist, sowie auf entsprechende deutsche Abgaben anzuwenden ist, die gegebenenfalls von oder zu Lasten von nichtdeutschen Staatsangehörigen zu entrichten sind.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dem Vorstehenden bestätigten; in diesem Fall sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten."

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß meine Regierung mit dem Vorstehenden einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

J. S. de Erice

An den
Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Professor Dr. Carstens

Embajada de España

Bonn 5 diciembre 1966

Excelentísimo Señor Subsecretario:

Tengo la honra de acusar recibo de su carta fecha de hoy, que traducida dice como sigue:

"Con referencia al Convenio firmado hoy entre la República Federal de Alemania y el Estado Español para evitar la Doble Imposición y prevenir la Evasión Fiscal en materia de Impuestos sobre la Renta y sobre el Patrimonio tengo el honor de comunicarle en nombre del Gobierno de la República Federal de Alemania que los dos Estados Contratantes han acordado que las disposiciones del Artículo 24 se aplicarán también a la tasa española exigible por la expedición de permisos de trabajo a personas de nacionalidad alemana o a cargo de ellas y a cualquier tasa alemana análoga que pueda exigirse a personas de nacionalidad no alemana o a cargo de ellas.

Le agradecería me confirmase su acuerdo con lo que antecede y, en tal caso, esta Nota y su respuesta serán consideradas parte del Convenio."

Tengo la honra de manifestar a Vuestra Excelencia las conformidad de mi Gobierno sobre cuanto antecede.

Sírvase aceptar, Excelentísimo Señor Subsecretario, el testimonio de mi más alta consideración.

J. S. de Erice

Excelentísimo Señor
Professor Dr. Carstens
Subsecretario del
Ministerio Federal de Asuntos Exteriores

Denkschrift

Das vorliegende Abkommen ist das erste Abkommen zwischen Deutschland und Spanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Der Stand der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten, namentlich die deutsche Investitionstätigkeit in Spanien, hat den Abschluß eines solchen Abkommens in hohem Maße wünschenswert gemacht. Das Abkommen soll eine sichere steuerliche Grundlage für die Wirtschaftsbeziehungen schaffen und damit ihre weitere Entwicklung und Vertiefung fördern.

Den Verhandlungen, die im Juli 1963 in Bonn aufgenommen und im April 1965 in Madrid fortgeführt wurden, lag ein von deutscher Seite ausgearbeiteter Entwurf zugrunde. In Inhalt und Aufbau entspricht das Abkommen der deutschen Vertragspraxis und folgt damit auch weitgehend dem von der OECD empfohlenen Muster für Doppelbesteuerungsabkommen (vgl. Bundesanzeiger Nr. 76 vom 22. April 1964).

Das Abkommen beseitigt die Doppelbesteuerung für Einkünfte, die aus einem Vertragstaat (Quellenstaat) stammen und einer in dem anderen Staat (Wohnsitzstaat) ansässigen Person zufließen, auf folgende Weise: Für gewisse Einkünfte verzichtet der Quellenstaat auf die Besteuerung, so daß diese Einkünfte nur noch im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen. Bei anderen Einkünften wird die Besteuerung im Quellenstaat aufrecht erhalten, sei es ohne weitere Begrenzung, sei es, daß die Steuer des Quellenstaates der Höhe nach begrenzt wird. In diesen Fällen muß der Wohnsitzstaat die Einkünfte entweder von seiner Steuer freistellen oder die Steuer des Quellenstaates auf seine eigene Steuer anrechnen. Ähnliche Grundsätze gelten für die steuerliche Behandlung des Vermögens.

Entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 6. April 1960 (Drucksache 1763, 3. Wahlperiode, und Niederschrift über die 108. Sitzung des Deutschen Bundestages) ist die Besteuerungskompetenz des Quellenstaates weitgehend eingeschränkt worden. Andererseits wurde der Wunsch Spaniens berücksichtigt, Vergünstigungen, die das spanische Steuerrecht als Anreiz für Kapitalinvestitionen aus dem Ausland gewährt, den deutschen Investoren in angemessenem Rahmen bei ihrer deutschen Besteuerung zu erhalten.

Im einzelnen ist zu den Abkommensbestimmungen folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel legt die Steuern fest, die unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel definiert einige im Abkommen verwendete Begriffe. Absatz 2 enthält eine dem Musterabkommen der OECD entsprechende Auslegungsregel.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt, unter welchen Voraussetzungen eine Person als in einem Vertragstaat ansässig gilt (Absatz 1). Für den Fall, daß diese Voraussetzungen in beiden Vertragstaaten erfüllt sind, ist ferner entsprechend der Regelung im Musterabkommen der OECD festgelegt, welcher Staat für die Zwecke des Abkommens als Wohnsitzstaat angesehen werden soll (Absätze 2 und 3). Die Sonderbestimmung in Absatz 4 sichert, daß Personengesellschaften eines Vertragstaates im andern Vertragstaat einen möglichst weitgespannten Abkommensschutz genießen.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert unter Übernahme der Begriffsbestimmung im Musterabkommen der OECD den Begriff der Betriebstätte.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel, der dem Musterabkommen der OECD entspricht, regelt die Besteuerung der gewerblichen Gewinne. Nach Absatz 1 gilt für diese Einkünfte das Betriebstättenprinzip.

Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Zurechnung und Ermittlung des Betriebstättengewinns. Absatz 7 regelt das Verhältnis dieses Artikels zu den Bestimmungen des Abkommens für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt — dem Musterabkommen der OECD entsprechend —, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen abweichend vom Betriebstättenprinzip nur im Wohnsitzstaat besteuert werden. Er soll rückwirkend vom Jahr 1963 ab angewendet werden (Artikel 29 Abs. 3).

Zu Artikel 9

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß Gewinnverlagerungen zwischen verflochtenen Unternehmen steuerlich nicht anzuerkennen sind.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden. Die Steuer des Quellenstaates wird in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD grundsätzlich auf 15 v. H. des Bruttobetrages der Dividenden begrenzt. Bei Dividenden aus wesentlichen zwischengesellschaftlichen Beteiligungen (Mindestbeteiligung 25 v. H.) darf der Quellenstaat seine Steuer nur bis zu einer Höhe von 10 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden erheben. Gleiches gilt für die Gewinnausschüttungen der spanischen Personengesellschaften.

Abweichend von dieser Regelung kann bei Dividenden, die eine spanische Muttergesellschaft aus einer wesentlichen Beteiligung an einer deutschen Tochtergesellschaft (Mindestbeteiligung 25 v. H.) erhält, die deutsche Kapitalertragsteuer zum vollen Satz von 25 v. H. erhoben werden. Damit wird, der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 (BT-Drucksache Nr. 448 S. 2, 3. Wahlperiode) folgend, berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn bei der deutschen Tochtergesellschaft nur zum ermäßigten Körperschaftsteuersatz von 15 v. H. besteuert ist und daß die spanische Muttergesellschaft die deutsche Nachsteuer von 36. v. H. nicht zu entrichten hat, die eine deutsche Muttergesellschaft von den Dividenden zu zahlen hätte.

Die Absätze 4 bis 6 enthalten ergänzende Bestimmungen zur Dividendenbesteuerung, die dem Musterabkommen der OECD entsprechen.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel begrenzt die Steuer des Quellenstaates bei Zinsen in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD auf 10 v. H. des Bruttobetrags der Zinsen. Abweichend davon sind aus Spanien stammenden Zinsen, die der Deutschen Bundesbank oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau zufließen, in Spanien steuerbefreit. Die Absätze 4 bis 7 enthalten ergänzende Bestimmungen zur Zinsbesteuerung, die dem Musterabkommen der OECD entsprechen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel begrenzt die Steuer des Quellenstaates bei Lizenzgebühren auf 5 v. H. des Bruttobetrags der Lizenzgebühren. Die Absätze 3 bis 6 enthalten ergänzende Bestimmungen zu dieser Regelung, die dem Musterabkommen der OECD entsprechen.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß Veräußerungsgewinne grundsätzlich nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen (Absatz 3). Der Quellenstaat darf aber Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens (Absatz 1), beweglichen Betriebstättenvermögens sowie des beweglichen Vermögens einer festen Einrichtung besteuern, die der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient (Absatz 2 Satz 1); Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und des beweglichen Vermögens, das dem Betrieb dieser Fahrzeuge dient, dürfen jedoch nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 2 Satz 2).

Zu Artikel 14

Dieser Artikel bestimmt parallel zum Betriebstättenprinzip bei gewerblichen Gewinnen und in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit im Quellenstaat besteuert werden dürfen, wenn der Steuerpflichtige dort für die Ausübung seiner Tätigkeit regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß — soweit nicht die Artikel 16, 18 und 19 etwas anderes bestimmen — Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit grundsätzlich in dem Staat besteuert werden dürfen, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird. Dieser Grundsatz ist bei nur vorübergehend in diesen Staat entsandten Arbeitskräften eingeschränkt (Absatz 2). Eine Sonderregelung gilt für die Besatzungen von Seeschiffen und Luftfahrzeugen (Absatz 3).

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel, der mit dem Musterabkommen der OECD übereinstimmt, dürfen Aufsichtsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel, der dem Musterabkommen der OECD entspricht, dürfen Künstler und Sportler stets in dem Staat besteuert werden, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.

Zu Artikel 18

Nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels dürfen Vergütungen, die von öffentlichen Kassen für Dienstleistungen gezahlt werden, stets im Kassenstaat besteuert werden. Der Wohnsitzstaat darf diese Vergütungen nur besteuern, wenn der Empfänger Staatsangehöriger des Wohnsitzstaates ist, ohne zugleich die Staatsangehörigkeit des Kassenstaates zu besitzen (wegen der Vermeidung der Doppelbesteuerung in diesem Fall vergleiche Artikel 23).

Die Absätze 3 und 4 enthalten ergänzende Bestimmungen zu dieser Regelung.

Zu Artikel 19

Nach diesem Artikel dürfen private Ruhegehälter für eine frühere unselbständige Arbeit entsprechend der Empfehlung der OECD nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 1). Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen sind im Wohnsitzstaat steuerbefreit (Absatz 2); diese gilt auch für Kriegsfolgeentschädigungen und Leistungen zum Ausgleich von Schäden aus politischer Verfolgung (Absatz 3).

Zu Artikel 20

Dieser Artikel enthält — entsprechend der Empfehlung der OECD — für bestimmte Zuschüsse an Gaststudenten und -lehrlinge eine Befreiungsvorschrift.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel enthält die in dem Musterabkommen der OECD empfohlene Klausel, nach der die in den vorhergehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens; er stimmt mit dem Musterabkommen der OECD überein. Das Vermögen darf grundsätzlich nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 4). Im Einklang mit den Regelungen für die entsprechenden Einkünfte hat jedoch der Belegenheitsstaat das Besteuerungsrecht für das unbewegliche Vermögen (Absatz 1) und für das bewegliche Betriebstättenvermögen (Absatz 2). Abweichend davon dürfen Seeschiffe und Luftfahrzeuge sowie das bewegliche Vermögen, das dem Betrieb dieser Fahrzeuge dient, nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 3).

Zu Artikel 23

Dieser Artikel legt fest, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei den Einkünften und Vermögensteilen vermeidet, die nach den vorhergehenden Artikeln im Quellen- oder Belegenheitsstaat besteuert werden dürfen.

Absatz 1

Bei in der Bundesrepublik ansässigen Personen werden die Einkünfte aus spanischen Quellen und die in Spanien belegenen Vermögensteile, die nach dem Abkommen in Spanien besteuert werden dürfen, der deutschen Vertragspraxis entsprechend, grundsätzlich von der deutschen Steuer freigestellt (Freistellungsmethode, Buchstabe a). Die Bundesrepublik behält aber das Recht, diese Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Steuersatzes für das übrige Einkommen und Vermögen zu berücksichtigen (Progressionsvorbehalt).

Freizustellen sind auch Dividendenbezüge deutscher Kapitalgesellschaften aus wesentlichen Beteiligungen (Mindestbeteiligung 25 v. H.) an spanischen Kapitalgesellschaften (internationales Schachtelprivileg, Doppelbuchstabe aa) sowie die Gewinnausschüttungen der spanischen Personengesellschaften (Doppelbuchstabe bb); die Beteiligung selbst ist in diesen Fällen von der deutschen Vermögensteuer freizustellen. Um ungerechtfertigte Steuervorteile aus internationalen Einkommensverlagerungen auszuschließen, ist jedoch in einem Briefwechsel festgelegt, daß das internationale Schachtelprivileg nur gewährt wird, wenn das Einkommen der spanischen Tochtergesellschaft aus einer echten Geschäftstätigkeit stammt; als solches gelten auch die Dividenden aus einer wesentlichen Beteiligung an einer anderen spanischen (Enkel-)Gesellschaft, wenn die ausschüttende Gesellschaft selbst eine echte Geschäftstätigkeit ausübt.

Gewisse aus Spanien stammende Einkünfte sind — obwohl sie in Spanien besteuert werden können — in der Bundesrepublik voll zu versteuern. In diesen Fällen wird die Doppelbesteuerung dadurch vermieden, daß die spanische auf die deutsche Steuer angerechnet wird (Anrechnungsmethode, Buchstabe b). Auf diese Weise wird die Doppelbesteuerung bei den folgenden Einkünften vermieden:

Dividenden, soweit sie nicht nach Buchstabe a steuerfrei gestellt sind;

Zinsen;

Lizenzgebühren;

Vergütungen aus spanischen öffentlichen Kassen, die an einen deutschen Staatsangehörigen gezahlt werden, der nicht zugleich die spanische Staatsangehörigkeit besitzt (vergleiche dazu Artikel 18);

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das nicht zu einer in Spanien gelegenen Betriebstätte tatsächlich gehört; entsprechend würde eine eventuell künftig in Spanien erhobene Vermögensteuer von solchem unbeweglichen Vermögen auf die deutsche Vermögensteuer angerechnet.

Bei Zinsen gewährt das spanische Steuerrecht zum Anreiz ausländischer Investitionen gewisse Vergünstigungen, die die spanische Steuer unter den im Abkommen vorgesehenen Höchstsatz von 10 v. H. (Artikel 11) absenken. Diese Vergünstigungen würden durch die deutsche Besteuerung beseitigt, wenn auf die deutsche Steuer nur die tatsächlich gezahlte, um die Steuervergünstigungen geminderte spanische Steuer angerechnet würde. Das Abkommen vermeidet diese Auswirkung der Anrechnungsmethode, indem es auch in diesem Fall stets einen Betrag von 10 v. H. der Bruttozinsen auf die deutsche Steuer anrechnen läßt. Es leistet damit einen deutschen Beitrag, um die Anlage deutschen Kapitals in Spanien auch steuerlich zu fördern.

Absatz 2

Spanien vermeidet die Doppelbesteuerung bei den in seinem Gebiet ansässigen Personen im wesentlichen nach ähnlichen Grundsätzen, die für die Vermeidung der Doppelbesteuerung in der Bundesrepublik gelten. Das internationale Schachtelprivileg, dessen Gewährung in Abkommen eine die deutschen Muttergesellschaften begünstigende Besonderheit der deutschen Vertragspraxis ist, hat Spanien jedoch den spanischen Muttergesellschaften nicht eingeräumt.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel untersagt steuerliche Diskriminierungen auf Grund der Staatsangehörigkeit (Absätze 1 bis 4). Die Absätze 5 und 6 enthalten Vorschriften über die Besteuerung von Betriebstätten und Kapitalbeteiligungen an gewerblichen Unternehmen. Der Artikel gilt nach Absatz 7 für Steuern jeder Art.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel eröffnet dem Steuerpflichtigen das Verständigungsverfahren, wenn sich im Einzelfalle eine dem Abkommen widersprechende Besteuerung durch einen Vertragstaat ergibt (Absätze 1 und 2). Der Artikel sieht ferner vor, daß sich die zuständigen Behörden der Vertragstaaten über die Durchführung der Quellenbesteuerung nach den Artikeln 10, 11 und 12 sowie über die Auslegung des Abkommens verständigen (Absätze 3 bis 5).

Zu Artikel 26

Dieser Artikel, der dem Musterabkommen der OECD folgt, ermöglicht den Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens oder der ordnungsgemäßen Anwendung des Steuerrechts eines Vertragstaates erforderlich sind.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen weitergehende diplomatische und konsularische Privilegien unberührt läßt.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel enthält die Vorschriften über die Ratifikation, das Inkrafttreten und die erstmalige Anwendung des Abkommens.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel enthält die Vorschriften über eine eventuelle Kündigung des Abkommens.

Bo 712058 5. 67